Nr. 197 XXX. Jahrgang

Mittwoch, 23. August 1922

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 30 mm breit, M. 12.—, für auswärts M. 15.—, für das Ausland M. 60.—. Reklamezeile 81 mm breit, M. 40.—, für auswärts M. 45.—, für das Ausland M. 60.—. Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Aufschlag. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen M. 3.—. Preisermäßigung lt. Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch den Boten monatlich M. 45.—, vierteljährlich M. 135.—. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 62.— frei ins Haus. Postbezug im Ausland lt. Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 20.—, nach dem Auslande wöchentlich M. 30.—. Einzelnummer M. 2.—

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 23541, 23555, 26677 und 26703 • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung bei entsprechenden Preisen.

Ganz Europa von Poincaré bedroht

Schicksalsgemeinschaft aller europäischen Staaten — Die Folgen der französischen Politik: Arbeitslosigkeit und Absatzkrise in den hochvalutarischen, Teuerung und Verelendung in den tiefvalutarischen Ländern

Der Niederbruch der holländischen Industrie

Zielbewußt arbeitet das französische Kabinett im Auftrag der französischen Schwerindustrie darauf hin, die politische und die wirtschaftliche Hegemonie Frankreichs auf dem europäischen Festlande nach Kräften auszubauen. England setzt im eigensten Interesse diesen Bestrebungen schärferen und schärferen Widerstand entgegen. An diesem Gegensatze zerbrachen alle bisherigen Bemühungen, zu einer vernünftigen Regelung des Reparationsproblems zu gelangen. Daran scheiterte eine Stabilisierung der europäischen Währungen und eine langsame Wiederherstellung gefestigter wirtschaftlicher Verhältnisse in Europa. Die Staaten mit niederer Valuta sind am Zusammenbrechen. Oesterreichs Regierung trägt sich mit dem Gedanken, die Verwaltung des Landes abzugeben und sie auf den Völkerbund zu übertragen. Was mit Deutschland geschehen wird, läßt sich zur Stunde noch nicht überblicken. Jedenfalls stehen überaus schwere Wintermonate bevor. Die Besprechungen mit der Reparationskommission in Berlin werden kaum ein befriedigendes Ergebnis haben.

Aber das Bild auf der andern Seite in den Ländern mit hoher Valuta ist nicht besser. In der Schweiz, in Dänemark und Holland ist die Arbeitslosigkeit und die Krise in Industrie und Handel gleich groß. Wir veröffentlichen anschließend einen Bericht unsres Amsterdamer Vertreters über die Lage der niederländischen Industrie, die vom schwersten Krise gepackt ist.

Immer wieder ist an dieser Stelle auf die wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft aller europäischer Staaten hingewiesen worden. Es gibt keine Unterschiede zwischen Siegern und Besiegten und Neutralen. Der französische Wirtschaftsimperialismus bedroht in seinem Streben nach der Hegemonie über diesen Erdteil alle Staaten Europas, die großen und die kleinen, die Länder mit niederer und mit hoher Valuta, gleich stark. Sie gehen auf verschiedenen Wegen alle dem gleichen Ziele und dem gleichen Untergange entgegen.

•

Unter französischem Druck

Von unserm ständigen Mitarbeiter

Amsterdam, 20. August

Wenn man von Amsterdam südwärts ins Land fährt, sieht man aus dem Eisenbahnfenster auf halbfertige Fabrikgebäude, deren Mauerwerk zusammenbricht, weil der Bau nicht mehr fortgeführt wird. Viele Millionen Gulden sind in diesen Gebäuden angelegt worden. Heute bucht man diese Beträge als reinen Verlust. In vielen Fällen sind die Unternehmer an den Gründungen, die während des letzten Kriegsjahres entstanden, zugrundegegangen. Was aus den Mauerruinen werden soll, weiß niemand. Vielleicht entschließt sich der eine oder andre Besitzer — meist sind es Banken, die infolge früher erteilter Kredite das Eigentumsrecht erworben haben —, die Ziegel zu verkaufen, was immerhin beträchtliche Demolierungskosten verursacht. Der Grund ist auch um ein Drittel des Wertes von 1919 im Preise gesunken. So gut wie ausgeschlossen ist es, daß sich ein Industrieller für das Bauwerk interessieren würde, um einen Betrieb irgendwelcher Art einrichten zu lassen.

Ueber die niederländische Industrie ist die schwerste Zeit der Prüfung gekommen

Daß man den Niederbruch nicht durch wahnwitzige Schutzzollideen retten kann, gelangte während der letzten Monate zur Ueberzeugung der handeltreibenden Kreise. Gewiß, in einigen Industriezweigen, wie dem Buchdruckergewerbe, sah man sich gezwungen, zu Erschwerungen der Einfuhr von Zeitschriften, die für holländische Rechnung in Deutschland gedruckt werden, Zuflucht zu nehmen. Allein, die große Barriere, die von einer Vereinigung Industrieller kürzlich gefordert wurde, wird nicht zustandekommen. Die neue Parlamentsmehrheit scheint nicht geneigt, in den Fehler einer „Antidumpingpolitik" gegen Deutschland zu verfallen. Die teilweise Vernichtung industrieller Unternehmungen in Holland könnte dadurch nicht verhütet werden. Im Gegenteil. Nach einer kurzen Pause käme eine kritische Verschärfung der Situation, unter gleichzeitigem erhöhten Eindringen ausländischer Waren. Die Rettung liegt allein in dem allerdings sehr gefährlichen allmählichen Abbau der Arbeitslöhne, und dieses Ziel soll, wie aus den Erklärungen der bedeutendsten holländischen Wirtschaftskenner hervorgeht, durch die Verbilligung des Lebensunterhalts erreicht werden. Augenblicklich läßt sich dieser Weg noch nicht beschreiten. Die Arbeitslöhne in allen holländischen Industrien, die — das sei betont — bereits vor dem Kriege eine feste Position besaßen, also nicht sogenannte Konjunkturindustrien sind, fallen einesteils unter dem Druck der Notwendigkeit; die Arbeiter nehmen geringeren Lohn, im Einverständnis mit den Gewerkschaften, um die Stillegung der Betriebe zu vermeiden; doch nur in ganz wenigen Fällen gelingt es, diese Stillegung tatsächlich zu umgehen. Trotz vielfachen Beweisen guten Willens kommt es schließlich immer und immer wieder zu dem katastrophalen Ende: der Arbeitseinstellung infolge finanzieller Unhaltbarkeit des Betriebs. Mit andern Worten: die Kosten des Lebensunterhalts sind nicht so weit gesunken, daß die holländischen Industrien im Inlande konkurrenzfähig gemacht werden können. Mit großer Sorge verfolgt man den Gang der Ereignisse in Deutschland, dessen Industrie, infolge des Zusammenbruchs der Mark, unaufhaltsam durchdringt, selbst diejenigen holländischen Erzeugnisse vom inländischen Markte verdrängt, die als Teil einheimischer Schlüsselindustrien anzusehen sind. Die von Finanzkundigen vertretene Ansicht, man müsse die hohe Guldenvaluta „verwässern", um den Gulden „exportfähig" zu machen, klingt wohl schön, aber sie läßt sich nicht in die Realität umsetzen.

Ueber die Tragweite des rasch fortschreitenden Zersetzungsprozesses der holländischen Industrien

erteilt der heute erschienene Halbjahresbericht des Zentralbureaus für Statistik einen geradezu alarmierend wirkenden Aufschluß. In folgenden Industriezweigen hat die Stillegung der Betriebe während der Monate Juni und Juli zur beinahe vollständigen Vernichtung der holländischen Fabrikation geführt: in den großen Maastrichter Töpferwerkstätten, in den Flaschenfabriken, Fensterglasfabriken, in der Herstellung von Spiegelglas; die Möbel- und Kistenindustrie befindet sich in einem kaum mehr lebensfähigen Zustande; noch schlimmer steht es in den Schuh- und Lederwaren-Fabriken, die allmählig den Tiefstand der Konfektionsindustrie erreichen.

Nach einer Lohnverminderung, die aber nur in Verbindung mit einer Verbilligung des Lebensunterhalts möglich ist, nach der die holländische Industrie verlangt (die bisherigen Reduktionen reichen nicht aus), ist es

die Klärung der europäischen Finanzprobleme,

von der man hier eine Besserung erwartet. Deshalb machte das negative Ergebnis der Londoner Konferenz in allen Industrie- und Bankkreisen einen niederschmetternden Eindruck. Nicht nur die Industrie Hollands, auch die Schiffahrt, die Kolonialunternehmungen leiden unter den Folgen der französischen Europapolitik, in der das Reparationsproblem die entscheidende Rolle spielt. Kürzlich sprach ich darüber mit dem Direktor der Rotterdamer Bankvereeniging, Westerman, dessen Urteil in dieser Frage in England und in den Vereinigten Staaten hoch eingeschätzt wird. „Solange Frankreich die Entschädigungsfrage als politisches Element betrachtet, als Drehpunkt seiner Vorherrschaftspläne auf dem Kontinent", erklärte mir Westerman, „solange wird Europa hinsiechen. Die Entscheidung muß den Wirtschaftsmännern und Finanzkundigen überlassen werden. In England ist man zu dieser Erkenntnis gelangt. Wir Holländer wissen das etwas länger. Wann werden es die Franzosen einsehen? ..."

Valutagipfel und Valutatäler

Der neuen, von Parvus herausgegebenen außerordentlich beachtenswerten Zeitschrift „Der Wiederaufbau" (Verlag für Wiederaufbau und Weltwirtschaft, Berlin SW 68) entnehmen wir nachstehende Darstellung der allgemeinen Wirtschaftslage.

Eine für die Entwicklung der Weltwirtschaft und für die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzpolitik der untervalutarischen Länder besonders beachtliche Erscheinung ist der Zusammenhang zwischen hoher Valuta und hoher Arbeitslosenziffer. Ein Vergleich gibt folgendes Bild:

Land	Valutarang in Proz. der Vorkriegsparität im Durchschnitt Jan.–Mai 22	Erwerbslose Kurzarbeiter zusammen Gesamtzahl	in Proz. der Mitglieder der Fachverbände
Schweiz	101.20	97 021 41 888 146 000	—
Vereinigte Staaten von Amerika	100	3 750 000	—
Schweden	56.35	42 000 138 000	84.6
England	97.43	a. J. 1 925 950 F. 1 868 238 M. 1 795 820 A. 1 714 068	a. Januar 16.8 Febr. 16.5 März 16.8 April 17.4
Dänemark	70.00	A. 100 000	a. Januar 28.9 Febr. 29.1 März 27.9 April 24.0
Norwegen	68.00	A. 47 000	a. Januar 20.4 Febr. 21.5
Deutschland	1.70	1. J. 165 609 1. F. 292 593 1. M. 212 175 1. A. 116 801 1. M. 80 017	31. 12. 21. 1.6 31. 1. 22. 4.5 28. 2. 22. 5.7 31. 3. 22. 1.1 30. 4. 22. 0.9
Oesterreich	0.09	17 000	—

Bringt man die Zahl der Erwerbslosen in ein Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter, so ergibt sich z. B., daß auf 1000 Arbeiter an Arbeitslosen entfallen in der Schweiz 360, in Schweden 268, in England 165, in Dänemark 188, in Norwegen 157, in Deutschland 16. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen, auf denen sich dieses Zahlenbild aufbaut, sind bereits oft genug in der internationalen Aussprache dargelegt worden. In der Regel bringt die Erhöhung des Geldwerts eine erhöhte Kaufkraft der Löhne, indem diese sich länger auf einer einmal erreichten Höhe halten als die Kleinhandelspreise. Diesem Vorteil steht die erhöhte Arbeitslosigkeit gegenüber, die bei steigender Valuta einzusetzen pflegt. In England gingen die Bewegungen der Kaufkraft der Löhne (her sog. Reallohn) und der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren auffallend parallel. Für die Arbeiterschaft als Ganzes war somit der Vorteil höherer Kaufkraft durch Lohnentgang aufgehoben.

•

Wir haben zu Beginn dieses Jahres (siehe „Dresdner Neueste Nachrichten" vom 11. Januar) in einem ausführlichen Aufsatz darauf hingewiesen, daß die Zukunft Europas sich augenblicklich von den „Valutagipfeln" aus ebenso gefährlich ausnimmt, als aus den „Valutatälern". Auf den Gipfeln erstarrt alles Wirtschaftsleben in Eis und Frost, in den Tälern versinkt es im Sumpfe. Was in den Wirtschaftssümpfen der mitteleuropäischen Valuta-Tiefebene noch zu leuchten scheint, sind Irrlichter oder faulende Hölzer, die in der immer tiefer hereinbrechenden Nacht, Leben vorspiegelnd, gespenstig aufglühen. Auf den Höhen aber liegt zwar Gold gestapelt. Aber Gold kann man nicht essen. Gold für sich ist tot und wertlos. Gold allein schafft kein Leben. So sitzen die Könige der Valuta unter den Ländern Europas und schauen dem Schicksal des Midas entgegen, dem sich alles, was er faßte, zu Gold wandelte und der inmitten seiner Goldberge verhungerte.

Politik und Wirtschaft in London

Von Dr. H. Reh

London! — Was sich dort in den letzten Wochen ereignete, ist der letzte Akt einer großen weltgeschichtlichen Tragödie, in der ein irregeführter Staatsmann in Erkenntnis seiner Schuld sich mit den letzten ihm zur Verfügung stehenden Mitteln aufbäumt gegen den leidenschaftlichen Fanatiker und engstirnigen Dogmatiker, der eine Weltanschauung vertritt, deren Gefüge nicht mehr in den Rahmen unsrer Zeit paßt: Lloyd George gegen Poincaré. Die beiden Männer ringen um das Problem, das schon seit Jahren die Welt bewegt und dessen ungeheure Wucht zermalmend auf das Leben der Kulturwelt, insbesondere des deutschen Volkes, gefallen ist.

„Poincaré einerseits, noch durchaus auf dem Standpunkt überlieferter französischer Staatsweisheit stehend, in napoleonischer Geste die politischen Geschicke leitend, glaubt heute noch das Politische als den obersten und ausschließlichen Grundsatz alles Handelns ansehen zu müssen. Mit den Ladenhütern vergangener Zeiten geht er hausieren und versucht, alle Völker, insbesondere die des europäischen Kontinents, zu veranlassen, ihr politisches Sein im Stile Ludwigs XIV. einzurichten, politisch nach französischer Mode, aber auch unter französischem Einflusse zu leben. Es ist die Staatsweisheit der „Politik um jeden Preis", reaktionär, unfruchtbar und erstarrt in einem ungeistgemäßen Historismus — eine Politik, die Wirtschaftliches nur als Nebensächliches kennt und gleich dem bekannten Vogel Strauß den Kopf in den Sand steckt und die Wirklichkeit übersieht. Auf dieser geistigen Basis erwuchs die große Dummheit von Versailles, die sich heute ausweitet zu einer der größten Katastrophen des Weltgeschehens.

Auf der andern Seite steht eine Gruppe von Staatsmännern, welche klar die komplizierten Zusammenhänge zu erkennen vermögen und einsehen, daß die verschiedenen Völker der Erde nicht ausschließlich in der Form des Herrschens und Beherrschtwerdens einander gegenüberstehen, sondern versuchen müssen, auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung ihrer Rechte und Bedürfnisse miteinander auszukommen. Vor allem gilt es, einer jeden Volksgemeinschaft, mag sie nun in Europa oder im kulturfernen Asien wohnen, das zu sichern und zu geben, was man einem jeden einzelnen zuerkennt: das Existenzminimum, das Recht auf Arbeit, die Sicherung der notwendigen Bedürfnisse. Unter diesem Gesichtspunkt, der als universalistisch bezeichnet werden kann, gewinnt das, was man bisher als Politik bezeichnet hat, ein durchaus andres Gepräge, insofern es das Wirtschaftliche in den Vordergrund schiebt. Das ist die moderne Antithese zu Herrn Poincarés Politik — ein lebensvolles Ganzes, in dem sich Glied an Glied fügt, das in seinen Ausstrahlungen neue Zeiten zu erleuchten und kommende Verwicklungen zu lösen vermag, in allem aber wieder zurückkehrend zu dem einen und höchsten: der Wirtschaft.

So ergibt die Betrachtung der Weltlage den sich immer schärfer herausarbeitenden Gegensatz zwischen einer Politik, die das Wirtschaftliche ihren Interessen unterordnet, und einer Wirtschaftstheorie, der das Politische dienstbar ist.

Das eine ist veraltet und unfruchtbar und — im schlechtesten Sinne des Wortes — herauserwachsen aus dem Wurzelboden eines längst überwundenen Militarismus und kriegerischen Imperialismus.

Das andre dagegen erstand auf jungfräulicher Erde in der neuesten Zeit als Ergebnis einer alles umspannenden Weltwirtschaft. In dieser Tatsache liegt begründet der ungeheure Kulturfortschritt, den das moderne Unternehmertum uns nach außen hin brachte: die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Verständigung aller Völker untereinander. Was man im 18. und 19. Jahrhundert innerhalb der Grenzen einer noch eng geschlossenen Wirtschaft sich theoretisch konstruiert und in Sehnsucht erträumt hat, das vermochte die moderne Weltwirtschaft zu realisieren: das Aufleben eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Internationalismus, der sich wirtschaftlich orientiert und die Politik in seinen Dienst stellt.

Die englische Diplomatie hat seit den Tagen von Versailles in sich innerhalb weniger Jahre die große Entwicklung durchlebt, die wir oben charakterisiert haben. Zuerst war sie befangen vom Geiste Poincarés und dokumentierte, indem sie den unsinnigen Vertrag unterschrieb, die Absicht, mit Frankreich zusammen eine ausgesprochene Machtpolitik durchzusetzen. Das war eine Sünde am Geist unsrer Zeit, die sich bitter rächte. Und die geschichtliche Entwicklung seit jenen Tagen zeigt mit nicht wegzuleugnender Deutlichkeit die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Anforderungen sich geltend machen. In London, Genua, Paris und Spa: überall erwies sich die Unzulänglichkeit der nur politisch orientierten Diplomatie, und überall mußte man, um weiterzukommen, den Wirtschaftler heranholen und seinen Rat erbitten. Am deutschen Musterbeispiele erwies sich die Notwendigkeit einer Umstellung der Weltpolitik immer dringender, und wenn man in diesen Tagen den Ruf nach wirtschaftlicher (nicht politischer) Orientierung der Menschheitsverhältnisse nochmals überhört, dann wird man nur eine Steigerung des allgemeinen Weltelends erreichen und eines Tages doch dazu übergehen müssen, mit der einzig möglichen Formel die Verwirrung unsrer Tage zu lösen: die Politik im Dienste der Wirtschaft.

•

Die Konferenz von London und vielleicht noch mehr die letzten beiden Reden des französischen Ministerpräsidenten haben den grundsätzlichen Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Politik schärfer als je beleuchtet. Es handelt sich dabei nicht nur um einen Gegensatz der Ziele, sondern auch um einen Gegensatz der Grundsätze und der Methoden. Man hat diesen Gegensatz in Deutschland vor allem auf die Formel bringen wollen: Poincaré geht bei seinen politischen Schlüssen lediglich von politisch-militärischen Erwägungen aus, Lloyd George dagegen in erster Linie von weltwirtschaftlichen. Auch der oben abgedruckte Artikel, der uns aus unserm Leserkreise zuging, versucht in sehr interessanter Weise den Gegensatz der beiden Staatsmänner aus dieser Formel zu erklären. Wir geben ihn an dieser Stelle wieder, wollen aber nicht verhehlen, daß dieser Gegensatz letzten Endes doch nur eine Oberflächenerscheinung ist. Aeußerlich scheint die englische Politik bedeutend stärker von wirtschaftlichen Gedankengängen durchsetzt zu sein als die französische. Aber Poincaré und alle maßgebenden französischen Politiker sind letzten Endes doch nur Exponenten gewisser Wirtschaftstendenzen, von einem gewissen Standpunkte aus gesehen, vorgeschobene Strohmänner großer ökonomischer Interessenverbände. Wir möchten dabei auf das erst vor kurzem erschienene Buch des Franzosen Francis Delaisi aufmerksam machen, das in außerordentlich klaren Gedankengängen nachweist, daß der Schlüssel zur jetzigen Politik Frankreichs in der Hauptsache bei der französischen Großindustrie, hauptsächlich bei der Montanindustrie, liegt. Er weist die unheilvolle enge Verbindung zwischen den französischen Ministern und den großen Konzernen der französischen Schwerindustrie nach, dem „Comité des Forges", dem Eisentrust, und dem „Comité des Houillères", dem Kohlentrust, sowie der von Montaninteressen beherrschten „Banque des Unions Parisiennes". Die Hochöfen in Lothringen und die Eisenwerke in Nord- und Ostfrankreich sind auf Ruhrkohle angewiesen, und zwar vor allem auf billige Ruhrkohle. Die französische Schwerindustrie hat infolgedessen kein Interesse an einer Besserung der Mark und Poincaré als der Vertreter und Exponent der französischen Schwerindustrie